

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
 1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at> * www.prodemokratie.com

EU auf dem Weg zur Kriegsunion

Gefahr für Österreichs Neutralität und den Frieden in Europa

Do, 9. Mai 2019 – 19.00 Uhr
 Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus,
 Galerie, 1. Stock

Podiumsdiskussion mit:

- **Thomas Roithner**, Friedensforscher
- **Franz Sieder**, Kaplan, Betriebsseelsorger, Pax Christi
- **Sara Tavares da Costa**, Young European Socialists
- **Marcus Strohmeier**, Leiter des Internationalen Referats im ÖGB
- **Michael Kösten**, Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg

Um Anmeldung wird ersucht: oesolkom@gmx.at
 Freier Eintritt, Spenden erbeten. Erfrischungen frei.

Obwohl die AK-Wahl fast totgeschwiegen wurde, haben die arbeitenden Menschen ein klares Zeichen gesetzt. Die Wahlbeteiligung stieg um 4 Prozent und die SP-Gewerkschafter*innen legten bundesweit um 2 Prozent auf fast 61 Prozent zu. ÖVP-, FPÖ- und Grüne Gewerkschafter*innen blieben bei knapp 10, 9 und 8 Prozent.

Das Ergebnis der AK-Wahl zeigt: Die arbeitenden Menschen wollen im Gegensatz zur medial veröffentlichten Regierungspropaganda, dass ihre Interessen stark und offensiv vertreten werden. Die AK ist gestärkt. Aber bloß „Respekt“ von Industrie und Regierung einzufordern, wird zu wenig sein, um die Interessen der arbeitenden Menschen zu schützen.

AK-Wahl: Ergebnisse und Erfordernisse

Umso mehr, als Industrie und Regierung immer dann, wenn es um ihren Profit und um ihre Macht geht, der Respekt gegenüber den arbeitenden Menschen völlig egal ist – siehe 12-Stunden-Tag, siehe Sozialversicherungs-Umbau, wo in Zukunft die Wirtschaftsvertreter über die Gelder der Arbeitenden diktieren, siehe Nichtbezahlung von 43 Mio. Überstunden und vieles mehr, siehe: Kürzung von Mindestsicherung, geplante Abschaffung der Notstandshilfe und Kürzung des Arbeitslosengeldes, siehe Stützung einer rechtskonservativen und rechts-deutschen ÖVP-FPÖ-Regierung, in der die FPÖ mit Rechtsex-tremen verstrickt ist und vieles mehr.

Regierung und Industrie werden dann Respekt vor den Institutionen der arbeitenden Menschen (ÖGB, AK) haben, wenn diese kämpfen, Arbeiter und Angestellten entsprechend ständig informieren, aufklären und v.a. mobilisieren. Handeln statt verhandeln.

EU: Auf dem Weg zur Kriegsunion – Gefahr für Österreichs Neutralität und den Frieden in Europa

Seit 1955 ist Österreich ein neutraler Staat. Das wurde am 26. Oktober 1955 mit dem Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität Österreichs (kurz Neutralitätsgesetz) beschlossen:

Artikel 1: *Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird dies mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.*

Artikel 2: *Österreich wird zur Sicherung dieses Zweckes in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen.*

Die Neutralität ist das Ergebnis der Auswirkungen und der Erkenntnisse aus dem II. Weltkrieg, nie wieder in Kriege hineingezogen zu werden oder an Kriegen teilnehmen zu wollen.

90% der Österreicherinnen und Österreicher sind heute für die Beibehaltung der Neutralität

Doch seit Jahren wird die Neutralität von unseren Regierenden ausgehöhlt um den Weg entweder in ein neues EU-Militärbündnis bzw. in die von der USA dominierte NATO frei zu haben. Sie scheren sich nicht um das Neutralitätsgesetz, um die Verfassung, für sie endet ihr Demokratieverständnis wenn es um die Interessen der Konzerne und Militärs geht, die sie vertreten. Die Regierenden haben schon mit dem Beschluss des Kriegsermächtigungsartikel 23 f im Jahre 1998 einen glatten Neutralitätsbruch begangen und damit schon damals Kampfeinsätzen auch ohne UNO-Mandat zugestimmt. Sie haben den neuen EU-Vertrag unterschrieben, der 2006 in Kraft trat. Dieser besagt u.a., dass es in der EU eine ständige Aufrüstungspflicht geben solle. Ein eigenes EU-Rüstungsamt soll dies durchsetzen sowie die Kriegswaffenindustrie

fördern. Unsere Regierung hat 2017 den sog. **PESCO-Vertrag**, d.h. die Teilnahme an einem militärisches Kerneuropa, unterschrieben. Danach verpflichten sich die unterzeichneten Staaten erstens das Heeresbudget auf 2% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) zu erhöhen, d.h. für Österreichs Heer von derzeit ca. 2,6 Milliarden Euro auf über 7 Milliarden Euro, (also von ca. 0,6% auf das Dreifache). Zweitens verpflichtet uns der EU-PESCO-Vertrag „wesentliche Unterstützung in Form von Truppen und Material für EU-Auslandseinsätze bereitzustellen“, d.h. Soldaten in globale Krisen- und Kriegsgebiete zu schicken, unsere Steuergelder und das Leben unserer Soldaten für EU-Militarisierung und EU-Kriegseinsätze bereitzustellen. Drittens verpflichtet die EU uns außerdem für die Europäische Rüstungsunion zu zahlen. So sollen für den „Europäischen Verteidigungsfond“ (EVF), d.h. u.a. für die Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern, im EU-Haushalt 2021 bis 2027 insgesamt bis zu 13 Milliarden zur Verfügung gestellt werden. „Diese 13 Milliarden Euro müssen um die Beiträge der Mitgliedstaaten ergänzt werden, woraus sich bei Ausschöpfung aller Gelder ein Budget von 48 Milliarden Euro ergibt“. (IMI-Analyse 12/2018; Informationsstelle Militarisierung, www.imi-online.de).

Diese drei sogenannten Verpflichtungen des PESCO-Vertrags, die die Regierung unterschrieben hat, sind mit der österreichischen Neutralität völlig unvereinbar und daher politischer Landesverrat. Das heißt, wir dürfen wegen unserem Neutralitätsgesetz gar nicht mitmachen.

Warum geschieht das dennoch? Weil sich unsere Regierung wieder einmal den Konzern- und Militärinteressen der EU vorseilend unterordnet.

Geht es nach dem Willen unserer Regierenden sollen wir Österreicher*innen so wie die Völker der meisten EU-Staaten die Aufrüstung zahlen und wieder mitmachen.

Die EU ist für die USA nicht nur wirtschaftlich, sondern auch strategisch und militärisch der Konkurrent um Märkte, um Rohstoffquellen und Einflussphären

Die in Europa führende Wirtschaftsmacht Deutschland setzt zusammen mit Frankreich zunehmend auch auf die militärische Karte. Unter dem Vorwand den Terror zu bekämpfen, den Völkern Freiheit und Demokratie zu bringen bzw. zu bewahren, geht es ihnen darum, Märkte zu sichern und auszubauen, geht es ihnen um Eroberung von Rohstoffquellen und Einflussphären. Es wird auch in Europa aufgerüstet wie noch nie zuvor. Es geht um Kriegspläne – um Krieg für noch mehr Profit. **Die EU ist kein Friedensprojekt, sie ist ein Kriegsprojekt.**

Um Kriege zu legitimieren und zu finanzieren, bauen die Herrschenden Feindbilder, innere und äußere Bedrohungsszenarien auf.

Innere Bedrohungsszenarien

Dazu zählt bei uns die allgegenwärtige „Terror-Islam-Flüchtlings-Kopftuch-Ausländer“ - Ablenkungspropaganda. Die tägliche Angstmacherei vor Flüchtlingen und die Hetzkampagne gegen den Islam liefern den Vorwand zum Ausbau des Polizei- und Militärapparates zu „unser aller Sicherheit“.

Kampfhubschrauber, Radpanzer und Eurofighter statt Sicherung einer anständigen medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Gleichzeitig soll das Schüren von Angst und Unsicherheit bzw. das Schaffen von Sündenböcken die unsoziale Politik der Regierung verschleiern. (12-Stunden-Tag, 60-Stunden-Woche, Zerschlagung der Sozialversicherung, Kürzung der Mindestsicherung usw.) Betroffen von dieser Politik ist die Masse der wenig verdienenden, am meisten unter Arbeitsdruck stehenden Bevölkerungsschichten, also zum größten Teil die Österreicher.

Umverteilung – Pfui!?

Umverteilung? Nein, das gehe nicht und „belaste“ nur die „Leistungsträger“, die unsere Gesellschaft „erhalten“ würden.

So oder ähnlich das Gejammer von Konzernen, Industrie und Regierung unter dem Deckmantel der „Standortsicherung“, etwa dann, wenn AK oder Gewerkschaften eine Vermögensbesteuerung verlangen (Die SPÖ-Spitze hat ja zuletzt aus unerfindlichen Gründen gemeint, dass das derzeit der Industrie nicht zumutbar wäre!).

Warum dann aber steigt ständig der Anteil der Reichen auf der einen Seite und der Anteil der Armen auf der anderen Seite?



- Die Schere aus Lohn- bzw. Gehalts- und Gewinneinkommen geht ständig auseinander.
- Große Konzerne zahlen kaum Steuern, lohnabhängige Menschen demgegenüber unverhältnismäßig viel.
- Über 80% des Steueraufkommens stammt von den arbeitenden Menschen, **s i e** halten somit Staat und Gesellschaft am Laufen, nicht die Superreichen!
- Die Superreichen kaufen sich aufgrund der aus unserer Hände und Köpfe Arbeit geschaffenen Werte und Gewinne (durch Ausbeutung = durch Nichtabgeltung der real geschaffenen Werte) indirekt oder direkt Besitz, Einfluss und Macht in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.
- Was der Volksmund schon immer sagt: Von der eigenen Hände Arbeit wird man nicht reich, schon gar nicht die Superreichen.
- Arbeiter*innen und Angestellte finanzieren ihre Pensionen zu 90% selbst, Selbständige und Bauern hingegen nur zu 56% bzw. 22,5%.

- Wer lange in Armut lebt (in Österreich sind davon rund 270.000 Menschen betroffen – armutsgefährdet sind sogar ca. 1,5 Millionen), stirbt um 10 Jahre früher als andere und zahlt so die Pension der Reichen mit.
- Die Kürzung und Deckelung von Mindestsicherung („Sozialhilfe neu“) wird diese Umverteilung von unten nach oben noch unmenschlicher verstärken.
- Umverteilung von Freizeit zu Arbeitszeit für die Unternehmer (12-Stunden-Tag/60-Stunden-Woche).
- Umverteilung der Entscheidungsbefugnis über die Versicherungsgelder von Arbeiter*innen und Angestellten von den Arbeiter- und Angestelltenvertreter*innen hin zu den Unternehmensvertreter*innen.
- „Bessere Verteilung von Demos“ (Wr. Wirtschaft, 4.4.19) will der Handel und das Recht auf Versammlungsfreiheit dem „Recht auf Erwerbsfreiheit“ gleichstellen. Dahinter steckt ein weiterer Angriff der Wirtschaft mit Hilfe des ÖAMTC

(„Demos versus Mobilität“) auf das freie Versammlungsrecht der arbeitenden Menschen. Nehmen wir uns das Recht und die Freiheit auf Erwerb einer besseren Zukunft zu demonstrieren – wo immer wir wollen.

Umverteilung ist für die Unternehmer und ihre Regierung nur dann „pfui“, wenn’s von oben nach unten gehen soll. Beim Umverteilen von unten nach oben haben die Kapitalisten und Regierenden kein Problem und gehen ihnen die miesesten Ideen nicht aus.

Damit das durchgeht und zur Ablenkung von der Ausbeutung durch die Unternehmer und Konzerne werden von den Firmenbossen arbeitslos gemachte Menschen zu „Sozialschmarotzern“ gestempelt. Gegen sie soll sich der Unmut der noch Arbeit habenden, aber immer mehr unter Lohn- und Arbeitsdruck stehenden Menschen richten. Die von der Regierung angezettelte „1,5-Euro-pro-Stunde-sind-genug-für-Asylwerber“-Diskussion ist menschenverachtend und zeigt wie es in den Hirnen dieser „15.000-Euro-bis-300.000-Euro-und-mehr-Monatseinkommen“-Herrschaften tickt.

Das ist Sklavenhalter- und Guts-herrendenken.

Fortsetzung von Seite 2

Gegenüber einer realen inneren Bedrohung von rechts sind die Regierenden hingegen blind.

Äußere Bedrohungsszenarien

Als Hauptfeinde werden, neben dem Islam, seit Jahren Russland und China genannt.

US-Vizepräsident M. Pence bezeichnet den „islamistischen Terrorismus als Hauptfeind“, der die westliche Zivilisation zu zerstören bestrebt sei. Der Islam als Ganzes, fast zwei Milliarden Menschen, wird seit langem diffamiert. Dabei haben die USA selbst schon vor 10 Jahren die Al-Quaida und den IS als hochbezahlte Söldnerarmee geschaffen, um sie zum Sturz von den USA nicht genehmen Regierungen einzusetzen.

Russland ist fast völlig von NATO-Staaten umzingelt, von diesen sind zig Atomraketen auf Russland gerichtet, auch von Europa aus.

China galt schon bei Georg Bush (2001) für die USA als strategischer Konkurrent, den sie einkreisen d.h. bedrohen. Die US-Pazifik-Flotte hat 180 Kriegsschiffe, 2.000 Flugzeuge und 140.000 Soldaten. Bis 2020 sollen 60% der gesamten US-See-streitkräfte im Asien-Pazifik Raum stationiert werden.

In der EU sind seit langem Frankreich und nun auch Deutschland, u.a. unter dem Vorwand „Islamisten“ zu bekämpfen, auf Eroberungskurs in Afrika. Frankreich ist dort verstärkt in den Ländern der Sahelzone (z.B. Mali, Niger, Tschad u.a.) aktiv, um dort wertvolle Bodenschätze wie z.B. auch ca. 50% seines Uranbedarfs auszubeuten. Unter EU-Flagge „unterstützt“ Deutschland Frankreich in Mali bei einer UNO-Kriegsmission und ist dort seit 2017 mit 1.000 Soldaten, Drohnen und Kampfhub-schraubern bei seinem bisher gefährlichsten militärischen Einsatz dabei. Auch Deutschland hat Afrika als vorrangiges Ziel für seine wirtschaftliche und militärische Expansion! Die EU unter der Federführung Deutschlands hat neben Afrika Interessen an allen ihren Außengrenzen (vom Balkan bis Marokko, vom Atlantik bis tief ins südliche Mittelmeer), im mittleren Osten und in Teilen von Asien (die ölfreiche kaspische und zentral-asiatische Region bis weit nach Ostasien, wo es u.a. darum geht, die Schifffahrtsrouten zu kontrollieren).

Die Hauptbedrohung geht von den in wirtschaftlicher und militärischer Konkurrenz stehenden imperialistischen Staaten aus. Die USA ebenso wie die europäischen Großmächte

riskieren heute wieder Kriege, auch bei uns. Europa droht heute neuerlich Schauplatz eines neuen großen Krieges zu werden, auch mit Atomraketen. Die europäischen Völker sind die Leidtragenden. Unsere Regierenden wollen uns in so einen Krieg wieder einmal mit hineinziehen. Das ist mit unserer staatlichen Souveränität bzw. Neutralität völlig unvereinbar!

Wenn wir wieder mitmarschieren, können wir selbst Zielscheibe werden. Wir dürfen da nicht mitmachen.

**Nie wieder Krieg –
Neutralität
statt Mitmarschieren**

**Österreicher sind zu fast
70% gegen eine EU-
Armee!**

Eine repräsentative Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), der Lobby-Organisation der EU in Österreich, ergab im Februar 2019 u.a.: 68% der Österreicher sind nicht für militärische Maßnahmen der EU bei Krisen und Konflikten in der Welt, nur 21% sind dafür.

AUVA



Bekanntlich haben im Vorjahr die Beteriebsrä*innen und die Belegschaften der AUVA, der UKHs und Rehas, massiv gegen eine Auflösung der AUVA protestiert, demonstriert, die Verantwortlichen dafür beim Namen genannt und Patienten und Bevölkerung unermüdlich aufgeklärt und dagegen mobilisiert.

Das hat der damalige AUVA-Obmann aus ÖVP und Wirtschaftskammer zum

Anlass genommen, kritische Gewerkschafter*innen wegen „Geschäftsschädigung“ strafrechtlich anzuzeigen. Mittlerweile hat die Staatsanwaltschaft Wien von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gemäß § 35c StAG (Staatsanwaltschaftsgesetz) abgesehen, weil kein „Anfangsverdacht“ besteht.

Was von Seiten der AUVA-Führung als Einschüchterung gedacht war, ging ins Leere. Es zeigt sich: Widerstand ist gerecht-(fertig), notwendig, sinnvoll und erfolgreich, wenn gemeinsam und solidarisch gehandelt wird!

In Wirklichkeit waren und sind ja nicht die Aktionen der Betroffenen gegen die AUVA-Zerschlagung, sondern die Machenschaften der AUVA-Spitzen mit der Regierung (Kürzung des Budgets um eine halbe Milliarde Euro jährlich, Reduzierung des Verwaltungs-

personals um ein Drittel, Gründung einer GesmbH für die UKHs und Rehas) eine Gefährdung der AUVA. Die GesmbH-Konstruktion ermöglicht, bei Gehältern zu kürzen (Prikrak-Kollektivvertrag) und öffnet privaten Gesundheitskonzernen den Einstieg, die vor allem an Rehas Interesse haben, wie z.B. die VAMED der deutschen Fresenius-Gruppe (Wiener Zeitung, 5.4.2019). Effekte einer Profitmedizin sind: weniger Personal und Betten, weniger Leistung für die Patient*innen – wie man in Deutschland oder Großbritannien sehen kann.



Republik – auf dem rechten Auge blind

Was sich seit Ende März, Anfang April 2019 nach dem Bekanntwerden der Spende des Christchurch-Attentäters an die Organisation der rechtsradikalen „Identitären Bewegung Österreich“ (IBÖ) abspielt, ist einer interessierten Öffentlichkeit längst bekannt: Die enge Verbindung und zum Teil Verschränkung der FPÖ-Regierungspartei mit rechten und rechts-extremen politischen Organisationen. Laut „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes“ (DÖW) handelt es sich bei der IBÖ „um eine rechtsextreme Jugendorganisation mit vielfältigen faschistischen Anklängen in Theorie, Ästhetik, Rhetorik und Stil.“ (www.doew.at).

Der jetzige Aufschrei der Regierung und der Mainstream-Medien ist verlogen. Sowohl die versuchte „Abgrenzung“ der FPÖ als auch die „scharfe Kritik“ des ÖVP-Kanzlers Kurz sowie seine Aussage, „*ich werde die FPÖ an ihren Taten messen*“ (Kronen-Zeitung, 21.4.2019) ist nicht glaubhaft. Seit Jahren ist bekannt, dass die FPÖ, die frühere Oppositionspartei und der nunmehrige kleinere Koalitionspartner, engste Kontakte zu Rechten und Rechtsextremen hatte und hat.

Auch die ÖVP-Kanzlerpartei, die sich seit 2017 als türkise, „neue ÖVP“ darstellen will, ist rechtskonservativ, warnt wie die FPÖ vor der „Überfremdung“ und befüllt offene Posten in Kanzleramt, Ministerien und staatsnahen Firmen und Institutionen mit „ihren Leuten“ aus dem rechtskatholischen Lager, etwa aus Cartellverbänden (CV) – von denen nicht wenige keine klare Grenze zur austrofaschistischen Diktatur von Dollfuß und Schuschnigg ziehen – oder mit Nähe zu Opus Dei.

Auch frühere, aus der ÖVP-Studentenpartei „Aktionsgemeinschaft“ (AG) stammende 2017 offene Holocaust-„Witzler“ und ein dann deshalb aus der „Jungen ÖVP (JVP)“ hinausgeschmissener und im Außenministerium von Kurz 2017 beschäftigter Mitarbeiter ist mittlerweile, seit

Jänner 2019, wieder dort in Amt, Kurz inzwischen Kanzler (Presse, 24.4.2019)

Schon vor einigen Monaten flog ein rechtsradikaler „Bewacher“ auf, der für die „Sicherheit“ des BVT-Untersuchungsausschusses und des Parlaments (und damit z.B. auch von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka) zuständig und von einer privaten „Sicherheitsfirma“ angestellt war. Schon zuvor wurde vereinzelt bekannt, dass rechte Recken mitten in Ministerien und Parteien sitzen – Stichwort „Burschenschafter“, aber eben auch sogenannte „Identitäre“ und es vielfache Verbindungen zu rechten Szene gibt.



Der jetzige FPÖ-Innenminister Herbert Kickl trat im Jahr 2016 als prominenter Redner bei der Veranstaltung der „Identitären“ in Linz, genehmigt vom Land Oberösterreich (unter einem ÖVP-Landeshauptmann) auf. Beim diesem Kongress der "Verteidiger Europas" der Identitären im Jahr 2016 in Linz begrüßte der jetzige Innenminister Kickl das anwesende Publikum mit folgenden Worten: „*Es ist für mich sehr angenehm, schon nach den ersten Vorgesprächen und auch jetzt, wenn ich hier hinunterschaue: Das ist ein Publikum, wie ich es mir wünsche und wie ich es mir vorstelle.*“ (Heute, 29.3.2019)

Der jetzige FPÖ-Vizekanzler der Republik Österreich, Heinz C. Strache, saß im Jahr 2015 mit prominenten Identitären an einem Tisch und stellte dies als Zufall hin. Andere FPÖ-Spitzenrepräsentanten wie der FPÖ-Klubobmann im österreichischen Parlament, Walter Rosenkranz, bezeichnen „Identitäre“ etwa als „erfrischend“ und „charmant“

(Kurier, 3.4.2019) oder wollten sich wie der Grazer FPÖ-Vizebürgermeister, zunächst lange nicht von den „Identitären“ distanzieren (Kronen-Zeitung, 6.4.2019). Und der FPÖ-Spitzenkandidat zur EU-Wahl im Mai, Harald Vilimsky, soll das rechtsextreme Magazin „info-Direkt“ mit Steuergeld finanziert haben (www.kontrast.at, 25. Februar 2019)

Damit nicht ans Tageslicht kommt, was jetzt durch die Spende des Christchurch-Attentäters an die IBÖ doch breit publik wurde, die engen Kontakte und Verschränkungen zu den Rechtsextremen, baute und baut der FPÖ-Innenminister das BVT um. Er säubert(e) es von meist schwarzen, aber auch roten Beamt*innen, die gegen Rechtsextremismus ermittelten, um die Verbindungen zwischen FPÖ und Rechten zu vertuschen. Parallel dazu wurden und werden rechte Recken in Nadelstreif in Amt und Würden gehoben. ÖVP-Kanzler Sebastian Schiwieg bis zuletzt dazu. Jetzt, wo der ÖVP aus Machterhalt die FPÖ- und rechten Umtriebe zu dreist wurden, musste der Kanzler in Worten Kontakte zu Rechtsextremen und Rechten in Institutionen der Republik verurteilen. Was aber auch heißt, dass diese eben bereits dort sitzen. Auch im Militär sind rund 70 Personen bis zu Offizieren als Identitäre bekannt. Der ebenfalls von der FPÖ gestellte Verteidigungsminister, zuständig für das Bundesheer, will diese nun „genau beobachten“. Innenminister Kickl sagt zu Identitären in der Polizei lapidar: „Wir schauen da nach“ (Österreich, 7.4.2019). Aha. Und, das wars?

Der wichtigste Teil des Staatsapparates ist mittlerweile in FPÖ-Hand. Mario Kunasek: Militär; Herbert Kickl: Polizei/Inneres; Josef Moser (früher FPÖ, jetzt ÖVP): Justiz; Norbert Hofer: Verkehr und Infrastruktur – auch ein wichtiges Ministerium, um allfällige Pläne von Militär- und Polizeiministerium gegen die Bevölkerung umzusetzen.

Die Unterwanderung von Staat und Gesellschaft ist das ausdrückliche Programm der IBÖ. Laut „Kurier“

vom 7.4.2019 geht aus den Dokumenten des Prozesses gegen die IBÖ im Jahr 2018 „*nicht nur die militärische Verfasstheit*“ hervor und „*lassen zudem ernste Zweifel an der Behauptung aufkommen, dass Freiheitliche und Identitäre ideologisch wie organisatorisch rein gar nichts miteinander zu tun hätten*“. Weiters bezeichnet die IBÖ „*die FPÖ als ‚ihre Lobby‘ und diese müsse ‚von uns (den Identitären) über Vortreffen informiert werden und im Zuge der Kampagne helfen, politischen Druck auf das Zielsystem (Ministerien, Politiker) aufzubauen*“. Ein IBÖ-Kampagnenplan aus 2016 sieht vor, „*dass nach einem erschütternden ‚Anschlag (Terroranschlag, Massenvergewaltigung, Mord, etc.)‘ die etablierten politischen Kräfte in ein ‚Autoritätsvakuum‘ kommen sollen, in das die ‚symbolische Gegenautorität‘, die Identitären stößt*“. „*Ein Umsturzplan?*“ fragt der Kurier (7.4.2019).

Wenn jetzt gerade jene von FPÖ-Leuten besetzten Behörden gegen die Identitären vorgehen sollen, wie



Kickl ankündigt (Österreich, 14.4.2019), dann ist das eine Verhöhnung und heißt das, den Bock zum Gärtner zu machen.

Die sogenannte „Mitte“-Rechtsregierung wird bei jeder Gelegenheit von Industrie und Wirtschaft bzw. deren Dachverbänden und Kammern (Wirtschaftsbund, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, Hoteliervereinigung, Verband der Immobilienwirtschaft, usw.) gelobt und befeuert. Die Rechten sitzen mitten in den Konzernen und Institutionen, bzw. werden von höchsten Konzern- und Regierungskreisen gefördert und gesponsert. Diese bereiten – wie die Leiterin des BVT-Extremismusreferats im BVT-Ausschuss berichtete, den „*Tag X vor*“. Beim Sturm auf das BVT im Februar 2018 glaubte sie, „*dass der Tag X gekommen sei, von dem die Rechten sprechen und an dem sie ‚zuerst die Staatspolizei und dann die Justiz hängen wollen*“ (Kurier, 11.

Okt. 2018). Also zuerst einen Putsch gegen das Establishment, um dann als „*Anti-Establishment*“, als „*Erneuerer*“ gegen die Masse der arbeitenden Menschen noch direkter, noch diktatorischer mit der ganzen Staatsmacht im Interesse der Reichen und Konzerne vorgehen zu können?

Vieles geschieht schon jetzt, wir sollten die Zeichen sehen. Hetze gegen „*Ausländer*innen*“, Flüchtlinge, Asylwerber*innen, islamische Mitbürger*innen, Arbeitslose, Notstands- und Mindestsicherungsbezieher*innen, Bettler*innen usw., die angeblich zur Überfremdung und zum Ende des Sozialstaates führen würden. Oder wie Regierung und Industrie propagieren: Schluss mit der „*Hetze*“ gegen die Reichen, wer wenig verdient ist selbst schuld, mehr „*Eigenverantwortung*“ würde helfen.

Bedenklich ist auch, wenn Österreichs Bundespräsident Van der Bellen, in seiner Funktion als Oberbefehlshaber des Bundesheeres in seinem Tagesbefehl zum Jahreswechsel 2018/2019 meinte, das österreichische Bundesheer sei in einem nicht verfassungskonformen Zustand. Es fehlten dem Bundesheer die notwendigen Ressourcen, um den „*Schutz der inneren Ordnung des Staates zu gewährleisten und seine Souveränität gegen jede Bedrohung von außen zu verteidigen*“ (Kronenzeitung, 22. 12. 2018). Das spielt der Rechtsregierung direkt in die Hände. Der Applaus von ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz und FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunašek war dem Bundespräsidenten sicher.

Doch was gefährdet die innere Sicherheit?

Sozialabbau und der Umstand, dass Menschen und Menschengruppen gezielt schlecht gemacht, gegeneinander ausgespielt und aufgehetzt werden. Fake-News kommen nicht nur aus den sogenannten „*sozialen Medien*“, sondern vor allem von ganz oben, von höchsten Regierungsstellen, von Industrie- und Medienkonzernen. Die allgegenwärtigen „*Terror-Islam-Flüchtlings-Kopftuch-Ausländer*“-Ablenkungspropaganda dient als Vorwand zum Ausbau des Polizei- und Militärapparates „*zu*

unser aller Sicherheit“. Es wird suggeriert, Bedrohungen der Demokratie, des inneren Friedens und der vermeintlich europäischen Werte kämen „*von außen*“. Verschleiert soll werden, dass die Ursachen für die Unzufriedenheit mit der eigenen sozialen Lage im Inneren zu suchen sind. Die unsoziale Politik betrifft hauptsächlich die wenig verdienenden, am meisten unter Arbeitsdruck und Erwerbsarmut stehenden Bevölkerungsschichten, zu denen zwar auch Flüchtlinge gehören, in überwältigendem Ausmaß aber auch „*die Österreicher*“. Es geht um die Einführung von 12-Stunden-Tag/60-Stunden-Woche, es geht um die Zerschlagung der solidarischen Sozialversicherung der Arbeiter*innen und Angestellten und den Zugriff der Unternehmer auf deren Gelder, es geht um die Kürzung von Arbeitslosengeld und Mindestsicherung sowie die Abschaffung der Notstandshilfe, es geht um mehr Geld für Kinder von Besserverdiener*innen und um weniger Geld für Geringverdiener („*Familienbonus*“), usw.

Weil den arbeitenden Menschen immer mehr genommen wird, deren Unmut und Wut darüber ansteigt, wird der Staats- und Überwachungsapparat ausgebaut, werden rechte und rechtskonservative Parteien gefördert, deren Wahlkampf von der Industrie finanziert und Rechtsextreme im Vorfeld aufgebaut, rekrutiert, einbezogen und gehalten.

FPÖ-Vizekanzler Strache hat zu den „*Identitären*“-Verstrickungen festgestellt: „*Es gibt den einen oder anderen in unseren Reihen, der Sympathien mit den Inhalten der Identitären hat*“. Die FPÖ ließe sich von niemandem vereinnahmen, gehe ihren „*eigenen patriotischen Weg*, wir sind keine Extremisten. Wir sind in der Mitte der Gesellschaft, da gehören wir auch hin.“ ÖVP-Kanzler Kurz erklärte daraufhin lobend, „*diese Ankündigung und damit Abgrenzung zu den Identitären*“ anzuerkennen. <https://www.krone.at/1898530>, 6.4.2019). Fast idente Wortwahl von FPÖ-Innenminister Kickl: „*Wir ... machen ... eine Politik, wo wir den Patriotismus ... ins Zentrum rücken. Dazu haben wir keine Identitären gebraucht und brauchen*

sie dafür auch jetzt nicht.“ (Österreich, 7.4.2019). Das heißt im Klartext: man brauche diese Extremisten nicht. Das, was diese seien („Patrioten“ – als solche bezeichnen sich auch die rechtsextremen „Identitären“), sei man ja selbst, so die FPÖ. Das wird somit auch von Kanzler Kurz anerkannt und zeigt wie weit rechts die gesamte Bundesregierung steht.

Deshalb konnte der Anwalt der „Identitären“, Bernhard Lehofer, schon nach dem Grazer Prozess im Sommer 2018 nach deren Freispruch von der Anklage, eine kriminelle Vereinigung zu sein und Verhetzung zu betreiben, frohlockend sagen: „Ich kann partout keinen großen Unterschied zwischen den Aussagen der Identitären und jenen von Kanzler Kurz sehen“. Die Identitären hätten etwa schon vor Jahren die Schließung der Grenzen verlangt, gleiches werde jetzt auch von offizieller politischer Seite gefordert. „Wenn eine Ministerin sagt, der Islam gehört nicht zu Europa, geht das weit drüber hinaus, was die Identitäten sagen. Aus meiner Sicht unterscheiden sich Kanzler Kurz und Vizekanzler Strache in ihren Äußerungen nicht von dem, was die Identitäten sagen.“ (Standard, 26. 7. 2018)

Die Gefahr kommt nicht von außen, nicht von den Flüchtlingen, nicht von den Linken, sondern sie sitzt mitten drinnen, mitten in der Republik, in Konzernen, Institutionen, im Parlament, in Ministerien, im Innenministerium, in der Polizei, in den Geheimdiensten, im Bundesheer – und kommt von rechts!

Die Bevölkerung sieht dies als Bedrohung und will das nicht. So hat eine Umfrage am vorläufigen Höhepunkt der FPÖ-„Identitären“-Verbindungen, als Kurz sprach durchzugreifen, ergeben, dass **82% der Österreicher*innen ein konsequentes Durchgreifen gegen die Rechten begrüßen** würden (Österreich 5.4.2019).

Die „Entscheidungsträger“ werden das jedoch nicht wirklich tun wie sich zeigt. Sie wollen nur verschleiern, wie weit rechts sie selbst schon sind, indem sie vorgeben gegen die Rechten vorzugehen. Den Machterhalt mittels schwarzen oder türkisen ÖVP-Koalitionen mit der FPÖ im Bund, in Bundesländern (z.B. Oberösterreich) oder in Städten (z.B. Graz, Wiener Neustadt ...) werden sie nicht ihren Worten opfern.

Diese Aufgabe, den Kampf gegen rechts, müssen die arbeitenden Menschen selbst in die Hand nehmen – gemeinsam mit jenen Teilen in Gewerkschaft und jenen Teilen „ihrer“ Parteien, deren Führungen nicht schon selbst nach der FPÖ schielen oder gar – wie im Burgenland oder in Linz – schon mit der FPÖ koalieren, oder auf neuerliche Zusammenarbeit mit der ebenfalls rechts stehenden ÖVP hoffen.



Unser Treffpunkt in Wien zur Flugblattverteilung:

**Mittwoch, 1. Mai 2019, 9.30 Uhr
Straßenbahninsel vor dem Burgtheater,**

Wer mitmachen will ist herzlich eingeladen und meldet sich bitte unter: oesolkom@gmx.at

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

**Ich möchte die ÖSK-Informationen „Solidarität – unsere Chance“ beziehen.
Bitte schreiben Sie an: oesolkom@gmx.at**

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen*
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des obgenannten Vereins.



Kassenfusion:

Zugriff auf die SV-Gelder und Entmachtung der Länder beginnt

Mit 1. April 2019 begann die Umsetzung der "Strukturreform" mittels diverser Überleitungsgremien. Per 1.1.2020 soll mit der neuen Struktur gearbeitet werden. Vorsitzender ist der Kärntner Hotelier, Bürgermeister und FPÖ-Wirtschaftsfunktionär Matthias Krenn, sein Stellvertreter der Beamten- und Gewerkschaftsvorsitzende und Chef der Beamtenversicherung, Norbert Schnedl (ÖVP).

Ab 2020 haben die Unternehmer den mehrheitlichen Zugriff auf die Gremien der SV und damit auf die SV-Gelder in Höhe von fast 61 Milliarden Euro. Somit können die 7,2 Millionen ÖGK-Versicherten (Arbeiter und Angestellte) überstimmt werden und leicht Selbstbehalte gegen den Willen der Dienstnehmerseite eingeführt werden

Begonnen hat auch der Postenschacher: Statt "Sparen" werden die Arbeitnehmervertreter hinausgedrängt, gleichzeitig eine neue Verwaltungsebene eingezogen, dafür mehr Geld für Spitzenfunktionäre ausgegeben. Allein 48 neue Spitzen-Funktionäre bringt der Umbau (Presse, 9.3.2019). Diese werden rund 7 Millionen Euro kosten. (Erinnerlich: bislang 5,7 Mio. Euro für *alle* Verwaltungsaufgaben inkl. Personal).

Weiters werden die Länder entmachtet. Die bisherigen GKKs werden zu Landesstellen. Sie bleiben zwar Anlaufstellen für die Patienten, wichtige (finanzielle) Entscheidungen werden aber zentral in Wien getroffen.

Der Obmann der STGKKK, Josef Harb, bezeichnet das als „Abschied vom Heimvorteil. Alle relevanten Entscheidungen für unsere 970.000 Anspruchsberechtigten fallen künftig in Wien.“ Und er befürchtet, dass die Versicherten die Zeche bezahlen müssen. Es „drohen schon in absehbarer Zeit Selbstbehalte, die Nicht-Bezahlung der ersten Krankenstandstage, eine Schwächung der ärztlichen Versorgung und die Schließung von Außenstellen. Dieser Kahlschlag wird auch an unseren Vertragspartnern nicht spurlos vorübergehen. Ich befürchte Betriebsschließungen, den Verlust von Arbeitsplätzen und einen massiven Mittelabfluss aus der Steiermark. Kurz: Was als Reform verkauft wird, degradiert die Anspruchsberechtigten der bisherigen Gebietskrankenkassen zu Versicherten dritter Klasse ... werden über die Krankenversicherung der Arbeiter und Angestellten und Pensionisten künftig Dienstgeber bestimmen, von denen keiner hier versichert ist.“ (zit. aus: Xund, Magazin der STGKK, 4/18).

Mittlerweile haben einzelne Kassen, die AK-Tirol und die SPÖ-Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof gegen das SV-OG eingebracht, v.a. deswegen, weil die Selbstver-

waltung in den Kassen der Arbeiter*innen und Angestellten durch das Gesetz und die neue Struktur ausgehebelt wird, die Sozialministerin in fast alle Geschäfte eingreifen oder Verträge mit Ärzten aufheben könne. Auch die Übertragung der Beitragsprüfung an die Finanzämter sei ein verfassungswidriger Eingriff in die Selbstverwaltung (APA, Presse, 8.3.2019).

Aber alle Bedenken interessiert die Regierung der Industrie nicht. Denn um an die Gelder der solidarischen Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten zu kommen, haben die Unternehmer mit ihrer Regierung die Sozialversicherung praktisch verstaatlicht. Mit Hilfe des sonst so verpönten Staates wird zentralisiert, Unternehmerrmehrheit und Unternehmerrmacht fixiert und die SV damit für den direkten Zugriff privater Gesundheitskonzerne aufbereitet.



*

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei, oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, bestreiten wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: ÖSK

Verwendungszweck: Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Trotz Förderungen durch die Stadt Wien und Lohnverzicht:

Kündigungen im Opel-Werk

Nach 140 Kündigungen im Vorjahr folgen nur weitere 400 durch den neuen Eigentümer PSA, ein Drittel der 1.200 Beschäftigten! Angeblich soll es „Golden Handshakes“ geben. Der Vorsitzende der Produktionsgewerkschaft Proge, Rainer Wimmer, ärgert sich, dass die Opel-Beschäftigten schon auf 2 Prozent ihres Lohns verzichteten mussten und nun trotzdem gekündigt werden. „Das ist immer dasselbe. Am Ende zahlt der Arbeitnehmer die Rechnung“. Richtig. Und das zeigt: Verzicht bringt nichts, sondern nur kämpfen und nicht die Rationalisierung auch noch mit einer Million Euro von der Stadt Wien fördern lassen.